

Berufliche Integration als Hauptziel

Pro Infirmis berät mehr behinderte Menschen

Pro Infirmis hat im letzten Jahr deutlich mehr Menschen mit psychischen, geistigen und körperlichen Behinderungen beraten. Yves Rossier, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, erklärte, wie sich auch die Invalidenversicherung früher und stärker für die Beratung und Wiedereingliederung von Betroffenen einsetzen will.

pmo. Solothurn, 11. Juni

Die Delegierten von Pro Infirmis blickten an ihrer Versammlung auf ein Jahr zurück, das von der steigenden Nachfrage nach Unterstützung und Beratung von behinderten Menschen geprägt war. Ausserdem wählten sie die Zuger SP-Regierungsrätin Brigitte Profos-Meier einstimmig zur neuen Präsidentin der Organisation. Sie ersetzt Rita Roos, die seit April 2005 als Direktorin von Pro Infirmis amtiert.

Neun Prozent mehr Beratungsstunden

Die Zahl der Beratungs- und Betreuungsstunden ist bei der grössten Behindertenorganisation der Schweiz im vergangenen Jahr um neun Prozent gestiegen. Über 20 000 Menschen mit psychischer, körperlicher oder geistiger Invalidität nahmen Dienstleistungen des Hilfswerks in Anspruch. Sie erhielten neben Beratung in sozialen, rechtlichen oder baulichen Fragen auch finanzielle Unterstützung oder praktische Hilfe. Die neu eingeführte Sozialberatung für Menschen mit einer psychischen Behinderung wird 2005 in fünf weiteren Kantonen eingeführt. Die Einnahmen von Pro Infirmis aus Spenden und Legaten verharrten 2004 mit 15,2 Millionen Franken auf dem Vorjahresniveau. Dank einer Senkung des Betriebsaufwands konnte trotz der gestiegenen Nachfrage ein Gewinn ausgewiesen werden.

Zunahme psychischer Erkrankungen

Ende Juni wird der Bundesrat in der Botschaft zur 5. IV-Revision erklären, wie die Anzahl Neurenten um 20 Prozent reduziert werden soll. Der Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), Yves Rossier, skizzierte die Umrisse der Revision als Gastredner von Pro Infirmis. Bei seiner Problemanalyse wies er vor allem auf die starke Zunahme psychischer Erkrankungen hin. Die Menschen seien immer höheren Erwartungen der Umwelt ausgesetzt und setzten sich auch selbst immer grössere Ziele. Die wachsende Differenz zwischen diesen Erwartungen und der Realität führe immer mehr Menschen zur IV. Insofern habe die IV weniger ein soziales Problem als ein finanzielles. Rossier betonte, es sei nicht sinnvoll, das fehlende Gefühl des Wohlbefindens zu pathologisieren und zu medikalisieren. In diesem Bereich sei der Individualitätsbegriff enger zu fassen.

Fokus auf Wiedereingliederung

Die wichtigste Neuerung der 5. IV-Revision ist die grundsätzliche Orientierung am Ziel der beruflichen Wiedereingliederung. Rossier will in der Grauzone zwischen Invalidität und Validität stärker in die Früherfassung und die Früherkennung investieren, um die definitive Invalidität und die IV-Rente zu verhindern. Die IV-Stellen sollen mit den Betroffenen individuelle Eingliederungspläne erarbeiten und konsequenter auf eine berufliche Integration hinwirken. Er verhehlte aber auch nicht, dass diese Neuorientierung mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden ist. Diese will das BSV mit Sparmassnahmen - etwa bei den Zusatzrenten - kompensieren.

Für eine effektive Sanierung der IV genügten die skizzierten Integrations- und Sparmassnahmen allein jedoch nicht. Um auf dramatische und un-

seriöse Eingriffe wie sofortige Streichung von einem Drittel der IV-Renten verzichten zu können, erachtet der Bundesrat neben einer Erhöhung der Lohnbeiträge auch eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,8 Prozent zugunsten der IV für unerlässlich.